



Landschaftsverband Westfalen-Lippe  Koordinationsstelle Sucht  
Warendorfer Str. 27  48133 Münster  
<http://www.lwl.org/ks>  [kswl@lwl.org](mailto:kswl@lwl.org)

## KS-Newsletter

### Juli 2005

3. Jahrgang / 7-2005

---

## Inhalt

### **Nachrichten aus der Koordinationsstelle Sucht** **1**

Internetseite der Koordinationsstelle Sucht neu gestaltet | Russische Delegation in Nordrhein-Westfalen

### **Nachrichten aus Westfalen-Lippe** **3**

Bielefelder Drogensprechstunde erhält Klinikförderpreis | Huck hebt Zusammenhang zwischen Trauma und Sucht hervor | LWL-Klinik eröffnet Trauma-Ambulanz in Iserlohn | Lukas-Krankenhaus achtet verstärkt auf Traumatisierungen | Probleme vor dem Dortmunder Drogenkonsumraum | Suchtberatung im Kreis Unna wird umstrukturiert | Bielefeld ist Modellstadt für persönliche Budgets | Neues Angebot von „qua-dro“ für Substituierte | Betreuungsrecht: SKM fragt nach Folgen für Suchtkranke | „Kreis-rund“ informiert über Soziales in Unna | In Soest überwachte die Polizei die Zeugnisfeiern | Gelsenkirchener Polizei tritt Jugendlichen „auf die Füße“ | ARWED erhält Spende von der DAK | Selbsthilfegruppe „Wendepunkt“ wird jetzt gefördert | Immer mehr Jugendliche sind essgestört

### **Sucht- und drogenpolitische Nachrichten aus NRW, Bund, Ausland** **9**

Alcopop-Sondersteuer erzielt gewünschte Effekte | Suchtmediziner warnen vor der Gefahr von Alkohol | Import von Cannabis als Medikament weiterhin nicht gestattet | Deutschland und Frankreich gegen Cannabis-Bagatellisierung | Neuer EU-Drogenaktionsplan verabschiedet | Psychosomatische Klinik Bergisch Gladbach in neuen Händen | Modellprojekt stellt Kindern Paten an die Seite | Präventionsgesetz vorerst im Bundesrat gescheitert | Niedersachsen startet Rauchfrei-Kampagne | Zahl der Spielsüchtigen steigt offenbar rapide an | Bayern fördert Präventions-Initiativen | Kurzintervention in Thüringen seit einem Jahr erfolgreich | Drogentherapie auf dem Bauernhof | Essener Projekt für Bewegungsförderung bei Kindern

### **Weitere relevante Nachrichten** **15**

Formular ermöglicht Mitnahme von Drogen über die Grenze | Spielsüchtige brauchen stärkeren „Kick“ | Schweizer Ein-Glas-Regel gerichtlich gebilligt | Oberösterreich streicht Ausnahmen für Alkoholverkauf | Kalifornien stoppt Abgabe von Marihuana als Schmerzmittel | Gehirn sorgt selbst für Schmerzlinderung durch Cannabis

### **Ankündigungen und Publikationen** **17**

Welt-Drogenbericht: 200 Millionen Menschen nehmen Drogen | Wieder Wettbewerb zur kommunalen Alkoholprävention | Internationales Netzwerk INEBRIA tagt in Münster | Impressum

Die in diesem Newsletter enthaltenen Internet-Links können angeklickt werden.  
Es öffnet sich dann der Internet-Browser und zeigt die entsprechende Seite an.  
Dazu muss eine Verbindung mit dem Internet bestehen.



## Internetseite der Koordinationsstelle Sucht neu gestaltet

**Münster** ▪ Der Internet-Auftritt der Koordinationsstelle Sucht präsentiert sich seit kurzem in einer neuen Gestaltung. Die Startseite bietet nun in Form eines Portals die wichtigsten Links aus unserem Angebot gebündelt für den schnellen Zugriff. Die Struktur der Seiten wurde überarbeitet, um den Nutzerinnen und Nutzern der KS-Homepage zu ermöglichen, noch schneller die sie interessierenden Seiten zu finden. Neu ist unter anderem die kurze Zusammenfassung der in der nächsten Zeit anstehenden Veranstaltungen. Auch die Seite für den KS-Newsletter zeigt sich in frischer Optik. Dort finden Sie nun unter anderem das Inhaltsverzeichnis des jeweils aktuellen Newsletters.

Die Homepage der Koordinationsstelle Sucht hat die  
Adresse:  
<http://www.lwl.org/ks>

## Russische Delegation in Nordrhein-Westfalen

**Münster** ▪ Zehn Präventionsfachkräfte aus den russischen Regionen Wologda, Nishnij Novgorod, Samara, Kostroma und Rostow am Don hielten sich vom 18. Juni bis zum 10. Juli in Nordrhein-Westfalen auf. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe hatte die Suchtfachkräfte eingeladen, um die Kooperation von Suchthilfeeinrichtungen aus NRW mit den Regionen der Russischen Föderation im Auftrag der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei weiter zu vertiefen.

Auf dem Programm der osteuropäischen Gäste standen verschiedene Besuche in Suchteinrichtungen. Ziel waren unter anderem Einrichtungen des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche im Rheinland, die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) sowie der Kreuzbund in Hamm, das Café Kick und das Kinder- und Jugendtelefon des Kinderschutzbundes Dortmund, die Beratungsstelle „In Echtzeit“ in Bochum und die Koordinationsstelle Sucht.

Ziel der verschiedenen Besuche war der kollegiale Austausch untereinander. Besonders ging es um die Vorstellung deutscher Konzepte der Suchthilfe und –prävention. Den Hintergrund bildeten die Projekte *euro peers* und *euro youth*, die von der Koordinationsstelle Sucht, dem Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche im Rheinland, der Stadt Dortmund und dem Arbeitskreis Straffälligenhilfe e.V. für die Stadt Aachen ab 2003 in den russischen Regionen durchgeführt wurden. Die Kontakte dorthin bestehen seit 1999.

In Bochum stellte Nadja Wirth von der Krisenhilfe Bochum das Konzept des Bundesmodellprojektes FreD (Frühintervention bei erstauffälligen Drogenkonsumenten) vor, das von 2000 bis 2002 durch die Koordinationsstelle Sucht durchgeführt wurde und seitdem in Bochum durch die Beratungsstelle „In Echtzeit“ dauerhaft weitergeführt wird. Bei der DHS in Hamm ging es um Informationen zu Organisation und Aufbau von Suchthilfe und -prävention in NRW. Im Jugendamt der Stadt Dortmund berichtete Roswitha Borggräfe über die Vernetzung der verschiedenen Einrichtungen in der Stadt. Informiert wurde auch über die Arbeit der Streetworker. Beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe stand ein Gespräch mit Ludmilla Dickmann auf dem Programm, die für die Koordinationsstelle Sucht das Projekt „SeM“ zur Suchtprävention bei jungen

Spätaussiedlern in Münster betreut. Des Weiteren erhielten die Hospitationsgäste Einblick in Konzepte zur betrieblichen Suchtprävention.

Die russischen Gäste gewannen während ihres Aufenthaltes in Nordrhein-Westfalen interessante Einblicke in die suchtpreventive Arbeit hierzulande und nahmen viele Ideen mit nach Hause. Einige Ansätze seien in ihrer Heimatstadt Wologda leider so nicht zu übernehmen, sagte Marina Kowbin bei der Bochumer Stippvisite. Das betreffe beispielsweise die Substitutionsbehandlung mit Methadon. Dies sei nach russischer Rechtslage nicht möglich. Anlässlich des DHS-Besuches in Hamm wurde festgestellt, dass es einen Dachverband wie die DHS in der Russischen Föderation nicht gebe. Andere Strukturen wie etwa die Dortmunder Telefonseelsorge existieren hingegen in vergleichbarer Form.

➤ **Weitere Informationen zum Hospitationsbesuch der russischen Suchtpräventionsfachkräfte erteilt Marion Hölscher, Tel.: 0251 591-5994, Fax: 0251 591-5499**  
[ma.hoelscher@lwl.org](mailto:ma.hoelscher@lwl.org)

➤ **Über die im Rahmen der deutsch-russischen Kooperation bislang in den fünf Regionen der Russischen Föderation durchgeführten Projekte informiert die Internetseite**  
[http://www.lwl.org/LWL/Jugend/KS/Projekte\\_KS1/europa\\_projekte/Beratung\\_EU\\_RussFoed/](http://www.lwl.org/LWL/Jugend/KS/Projekte_KS1/europa_projekte/Beratung_EU_RussFoed/)

**Quelle:** Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 30. Juni 2005  
Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 5. Juli 2005  
Westfälischer Anzeiger, 6. Juli 2005  
Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 8. Juli 2005  
Ruhr-Nachrichten, 8. Juli 2005  
Münstersche Zeitung, 11. Juli 2005

## Bielefelder Drogensprechstunde erhält Klinikförderpreis

**Bielefeld** ▪ Die „Drogensprechstunde“ des Zentrums für Psychiatrie und Psychotherapeutische Medizin des Evangelischen Krankenhauses Bielefeld-Bethel ist eine der Preisträgerinnen beim Klinikförderpreis der Bayerischen Landesbank. Der Preis war für die Bielefelder Klinik mit 5 000 Euro dotiert. Gewürdigt wurde die umfassende, differenzierte und qualifizierte suchtmmedizinische Arbeit in der Drogensprechstunde. Das Krankenhaus hat stationäre, teilstationäre und ambulante Angebote miteinander verzahnt. Besondere Bedeutung kommt dabei nach Ansicht der Klinik der vorstationären Substitution zu. Drogenpatienten würden so langfristig an die Klinik gebunden und stabilisiert. Teure stationäre Aufenthalte könnten oftmals vermieden werden.

Quelle: [www.klinik-heute.de](http://www.klinik-heute.de), 22. Juni 2005,  
<http://www.klinikheute.de/?m=64&l=104&t=2&d=58829>  
Pressemitteilung des Evangelischen Krankenhauses Bielefeld, 5. Juli 2005,  
<http://www.gilead.de/index.php?a=199>

## Huck hebt Zusammenhang zwischen Trauma und Sucht hervor

**Hamm** ▪ 30 bis 50 Prozent seiner Patienten müssten traumatisierende Erfahrungen verarbeiten, so Wilfried Huck, Oberarzt des Westfälischen Institutes für Kinder- und Jugendpsychiatrie Hamm, in einem Interview mit der „tageszeitung“. Huck, der auch Gast der Jahrestagung 2004 der Koordinationsstelle Sucht zum Thema Traumabehandlung in der Suchttherapie war, weist in dem Gespräch darauf hin, dass langjähriger Cannabis-Konsum psychotische Folgeerscheinungen hervorrufen könne. Besonders gefährlich sei das stetige Kiffen, wenn gleichzeitig noch andere Drogen genommen würden. Kiffen sei häufig ein vorübergehender Rebellionsakt der Jugendlichen gegen die Welt der Erwachsenen während der Pubertät. Huck betonte, dass Eltern mit ihren Kindern offene Gespräche führen müssten.

Quelle: die tageszeitung, 12. Juli 2005, <http://www.taz.de/pt/2005/07/12/a0030.nf/text>

## LWL-Klinik eröffnet Trauma-Ambulanz in Iserlohn

**Hemer/Iserlohn** ▪ Die Hans-Prinzhorn-Klinik des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL) hat am 6. Juni eine Trauma-Ambulanz in Iserlohn eröffnet. Opfer von Gewalttaten oder anderen traumatischen Ereignissen sollen hier schnelle Hilfe erhalten, um der Ausbildung schwerer psychischer Störungen als Folge der schlimmen Erfahrungen vorzubeugen. Häufig entwickelt sich im Zuge einer traumatischen Erfahrung auch eine Suchterkrankung. Zuständig ist die Ambulanz für den Bereich des Versorgungsamtes Soest. Die Versorgungsämter übernehmen die Kosten für die Betroffenen. Weitere Ambulanzen dieser Art bestehen in Hamm und Marsberg.

Die neue Trauma-Ambulanz in Iserlohn befindet sich in den Räumen der Instituts-Ambulanz, Hardtstraße 47a. Betroffene können die Einrichtung rund um die Uhr unter Tel.: 02371 8096-0 erreichen.

Quelle: Westfalen-Post, 7. Juli 2005

## Lukas-Krankenhaus achtet verstärkt auf Traumatisierungen

**Gronau** ▪ Eine spezielle Fortbildung zum Umgang mit traumatisierten Patientinnen und Patienten haben jetzt Ärzte und Pflegepersonal der Psychiatrie des Gronauer Lukas-Krankenhauses absolviert. Die Fachkräfte absolvierten ein Seminar über vier verlängerte Wochenenden, um sich über die Symptomatik und Behandlungsmöglichkeiten von posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS) zu informieren. Referent war der Göttinger Neurologe, Psychiater und Psychotherapeut Prof. Ulrich Sachsse. Die Fortbildung, an der auch Interessierte aus der weiteren Region teilnahmen, war organisiert worden, weil die Zahl traumatisierter Patientinnen und Patienten seit Jahren ansteigt, wie die Mitarbeiter der Gronauer Klinik beobachtet haben.

◀ **Mit dem Zusammenhang von Traumatisierung und Suchterkrankungen hat sich die Jahrestagung 2004 der Koordinationsstelle Sucht befasst. Die Beiträge der Referentinnen und Referenten finden Sie auf unseren Internetseiten:**  
<http://www.lwl.org/LWL/Jugend/KS/Veranstaltungen/veranstaltungsarchiv/>

Quelle: Westfälische Nachrichten, 11. Juli 2005

## Probleme vor dem Dortmunder Drogenkonsumraum

**Dortmund** ▪ Das Gelände vor dem Drogenkonsumraum und dem Café Kick der Dortmunder AIDS-Hilfe wird nun stärker kontrolliert. Seit der Öffnung des Konsumraums wurde auf dem Platz vor der Einrichtung, die sich auf der Rückseite des Dortmunder Gesundheitsamtes befindet, eine zunehmend aggressive Stimmung registriert. Auch stellten die Ordnungsbehörden fest, dass auf dem Platz mit Drogen gedealt wurde. Reagiert wurde darauf durch verstärkte Polizeipräsenz, ein Alkoholverbot und das Aussprechen von Platzverweisen. Ziel ist es, das Entstehen einer offenen Drogenszene zu verhindern.

Bei einem Ortstermin, zu dem die örtliche CDU ins Café Kick geladen hatte, sagte Willehard Rensmann, Leiter der Einrichtung, sein Team und er hätten zwischenzeitlich die Kontrolle über die Verhältnisse vor dem Drogenkonsumraum verloren. Der Standort der Einrichtungen wurde in der Veranstaltung als geeignet bezeichnet.

◀ **Das Café Kick im Internet:**  
<http://www.kick-dortmund.de>

Quelle: Westfälische Rundschau, 27. Juni 2005

## Suchtberatung im Kreis Unna wird umstrukturiert

**Kreis Unna** ▪ Die Sucht- und Drogenberatung im Kreis Unna soll neu strukturiert werden. Das hat der Kreistag beschlossen. Die Kreisverwaltung soll nun prüfen, wie die verschiedenen Beratungsangebote besser zu vernetzen und möglicherweise räumlich zu bündeln sind. Auch die bedarfsgerechte Ausrichtung der Beratungsstellen soll auf den Prüfstand. Erwogen wird, die Beratungsstellen für „harte“ und „weiche“ Drogen unter einem Dach zusammenzufassen.

Quelle: Westfälische Rundschau, 11. Juli 2005

## Bielefeld ist Modellstadt für persönliche Budgets

**Bielefeld** ▪ Suchtkranke sowie Menschen mit geistigen Behinderungen oder psychischen Erkrankungen, die im betreuten Wohnen leben, können in Bielefeld künftig ein monatliches Budget ausgezahlt bekommen, das die bisherigen Sachleistungen ersetzt. Die Stadt Bielefeld nimmt als eine von zwei nordrhein-westfälischen Modellregionen an einem bundesweiten Modellversuch teil, bei dem die Umstellung der Hilfsleistungen auf persönliche Budgets erprobt wird. Derzeit werden 50 Freiwillige gesucht, die sich an dem Projekt beteiligen möchten.

Das Modellprojekt läuft bis 2007. Ein Jahr später soll ein Rechtsanspruch auf persönliche Budgets in Kraft treten. Mit den monatlichen Pauschalsummen sollen sich die Leistungsberechtigten individuell und flexibel die benötigten Hilfs- und Dienstleistungen einkaufen. Ein Teil des Geldes kann auch für Freizeitangebote ausgegeben werden. In Bielefeld leben derzeit mehr als 1 000 Menschen im betreuten Wohnen.

Der Anspruch auf persönliche, trägerübergreifende Budgets ist in §17, Abs. 2 des Sozialgesetzbuches IX und in der seit dem 1. Juli 2004 geltenden weiterführenden Budgetverordnung geregelt. Die Budgets umfassen Leistungen der Krankenkassen, der Pflegekassen, der Rehabilitationsträger und der Integrationsämter. Betroffene können prinzipiell bereits jetzt Anträge bei den jeweiligen Leistungsträgern oder den gemeinsamen Servicestellen der Rehabilitationsträger stellen. Einen Rechtsanspruch auf Budget-Gewährung haben sie aber erst ab 2008.

Quelle: **epd-Landesdienst West, 29. Juni 2005,**  
[http://www.epd.de/west/west\\_index\\_35833.html](http://www.epd.de/west/west_index_35833.html)  
**Pressemitteilung des Ministeriums für Gesundheit und soziale Sicherung, 14. Mai 2004,** [http://www.bmgs.bund.de/deu/gra/aktuelles/pm/bmgs04/5150\\_5337.php](http://www.bmgs.bund.de/deu/gra/aktuelles/pm/bmgs04/5150_5337.php)

## Neues Angebot von „qua-dro“ für Substituierte

**Warendorf** ▪ Ein neues Gruppenangebot für Substitutionspatientinnen und -patienten hat die Warendorfer Sucht- und Drogenberatung „quadro“ ins Leben gerufen. quadro-Mitarbeiter Thorsten Rahner will bei den Zusammenkünften in Kooperation mit einem örtlichen Internisten lebenspraktische Hilfe leisten. Diskutiert werden sollen Themen wie Arbeit, Freizeitgestaltung, Schuldenregulierung, Familie und Sucht. Fallweise werden externe Experten eingeladen. Die erste Gruppensitzung fand am 30. Juni statt.

Informationen zum Gruppenangebot für Substitutionspatienten erteilt Thorsten Rahner von der Sucht- und Drogenberatung „quadro“, Kirchstraße 5, 48231 Warendorf, Tel.: 02581 5101  
[warendorf@qua-dro.de](mailto:warendorf@qua-dro.de)  
<http://www.qua-dro.de>

Quelle: **Westfälische Nachrichten, 29. Juni 2005**

## Betreuungsrecht: SKM fragt nach Folgen für Suchtkranke

**Münster/Steinfurt** ▪ Noch keine eindeutige Meinung zu den Neuerungen des Betreuungsgesetzes, die am 1. Juli in Kraft getreten sind, hat der Münsteraner Katholische Verein für Soziale Dienste (SKM). Ob das Recht der Betreuten, nun ihre Betreuer beziehungsweise die Betreuung an sich ablehnen zu können, tatsächlich zu mehr Selbstbestimmung für die Betreuten führen werde, müsse sich zeigen, sagte SKM-Vertreterin Sabine Holzkamp. Gerade Suchtkranke und psychisch Kranke lehnten erfahrungsgemäß die Betreuung rundweg ab. Größere Bedeutung komme künftig den freiwilligen Vorsorgevollmachten zu, in denen Menschen festlegen können, wer sie im Fall des Falles betreuen soll. Die Betreuungsbehörde Steinfurt bietet beispielsweise bereits an, die notwendigen Unterschriften auf dem Dokument zu beglaubigen, um die Akzeptanz der Vollmachten zu steigern. Begrüßt wird vom SKM Münster die Umstellung der Vergütung für Betreuer von stundengenauer Abrechnung auf Pauschalen.

Der Katholische Verein für Soziale Dienste Münster sucht ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer. Interessierte mögen sich unter Tel.: 0251 620-3363 melden.

Quelle: Westfälische Nachrichten, 29. Juni 2005  
Westfälische Nachrichten, 12. Juli 2005

## „Kreis-rund“ informiert über Soziales in Unna

**Unna** ▪ Der Kreis Unna stellt seine Angebote aus den Bereichen Soziales, Gesundheit, Familie und Jugend seit kurzem gebündelt im Internet dar. Das Informationsangebot „Kreis-rund“ informiert auch über die vorhandenen Angeboten bei Sucht- und Drogenproblemen. Nach verschiedenen Stichworten geordnet werden Adressen, Kontakttelefonnummern, E-Mail-Adressen und Internetseiten der verschiedenen Suchtberatungsstellen, Selbsthilfegruppen und anderer Institutionen und Organisationen genannt. „Kreis-rund“ soll auch von den Fallmanagern der Arbeitsagenturen und von Anbietern sozialer Dienstleistungen als Beratungs- und Vermittlungshilfe genutzt werden.

Das Angebot „Kreis-rund“ des Kreises Unna findet sich im Internet unter der Adresse:  
<http://www.kreis-rund.de>

Quelle: Hellweger Anzeiger, 4. Juli 2005

## In Soest überwachte die Polizei die Zeugnisfeiern

**Soest** ▪ Polizei und Ordnungsamt Soest haben die Zeugnisfeiern der Schüler auf der Petristraße überwacht. Es gab eine Passkontrolle. Unter 16-Jährige bekamen keinen Einlass, wer noch nicht 18 war, wurde darauf hingewiesen, dass Schnaps für ihn tabu sei. Die anwesenden Ordnungskräfte achteten darauf, dass Ältere den Minderjährigen keine „harten Sachen“ kauften und dass keine Flaschen auf die Erde geworfen wurden. In beiden Fällen mussten Erwischte ein Ordnungsgeld zahlen. Ein benachbarter Kiosk hatte darüber hinaus versprochen, während der Feier keinen Alkohol zu verkaufen.

Quelle: Westfalen-Post, 4. Juli 2005

## Gelsenkirchener Polizei tritt Jugendlichen „auf die Füße“

**Gelsenkirchen** ▪ Als erfolgreich bewertet die Gelsenkirchener Polizei den bisherigen Verlauf des Projektes „Gefährderansprache“. In Kooperation mit Jugendamt, Jugendgerichtshilfe, Staatsanwaltschaft und Gerichten – und teilweise vom Land gefördert – verfolgt die Polizei seit dem vorigen Jahr das Ziel, polizeilich erstmals auffällige Jugendliche intensiv anzusprechen, um zu verhindern, dass sie weitere Male kriminell werden. Nach Darstellung der Polizei wolle man dadurch Unsicherheit verbreiten und gefährdeten jungen Menschen „früh auf die Füße treten“. Erste Ergebnisse zeigen, dass die Zahl jugendlicher Mehrfachtäter von 2003 auf 2004 um 22,3 Prozent gesunken ist.

Das Projekt zielt auf alle Arten von Kriminalität, bezieht sich in einem Teilprojekt aber auch auf junge Drogennutzer im Umfeld von Diskotheken und Veranstaltungen. Die Polizei spricht auffällige Jugendliche gezielt an, sucht aber auch die Elternhäuser auf und vermittelt ihre Botschaften auf allgemeinen Informationsveranstaltungen. Das Projekt soll noch bis 2007 laufen.

Die Koordinationsstelle Sucht hat im Rahmen des Modellprojektes „FreD“ ein sucht- und drogenspezifisches Konzept zur Frühintervention bei polizeilich erstaufrälligen Jugendlichen entwickelt. Nähere Informationen dazu unter: <http://www.projekt-fred.de>

Quelle: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 7. Juli 2005

## ARWED erhält Spende von der DAK

**Witten** ▪ Die Arbeitsgemeinschaft der rheinland-westfälischen Elternkreise drogengefährdeter und abhängiger Menschen (ARWED) hat eine Spende der Deutschen Angestellten-Krankenkasse (DAK) erhalten. ARWED erhielt einen Teil einer insgesamt mit 10 000 Euro dotierten Zuwendung der DAK zur Stärkung des Selbsthilfegedankens.

Informationen zur ARWED unter der Adresse: ARWED e.V., Breite Straße 74, 58452 Witten, Tel.: 02302 890542, Fax: 02302 890543  
[info@arwed-ev.de](mailto:info@arwed-ev.de)  
<http://www.arwed-ev.de>

Die Koordinationsstelle Sucht unterstützt die Vernetzung von Elternkreisen durch regelmäßige Veranstaltungen. Die 25. Elternkreistagung zur Elternkreisarbeit in Europa hat erst kürzlich stattgefunden. Einige der dort gehaltenen Vorträge finden Sie auf der Internetseite [http://www.lwl.org/LWL/Jugend/KS/Veranstaltungen/veranstaltungen\\_05](http://www.lwl.org/LWL/Jugend/KS/Veranstaltungen/veranstaltungen_05)

Quelle: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 28. Juni 2005

## Selbsthilfegruppe „Wendepunkt“ wird jetzt gefördert

**Iserlohn** ▪ Die Selbsthilfegruppe „Wendepunkt“ ist jetzt durch die AOK und den Paritätischen Wohlfahrtsverband anerkannt. Damit kommt die Selbsthilfeinitiative für Alkoholranke und Angehörige in den Genuss der Selbsthilfeförderung der Krankenkasse. Neben einer Grundförderung bezuschusst die AOK auch Fortbildungen, die Organisation von Ausstellungen und Seminare. Die Selbsthilfegruppe „Wendepunkt“ wurde 1991 ins Leben gerufen. Die Mitglieder treffen sich jeweils freitags zwischen 19 und 20.30 Uhr in den Räumen der Iserlohner Drogenberatung, Am Dicken Turm 9.

Informationen zur Selbsthilfeförderung bei Ulrike Heinrich und Ralf Jurka von der AOK Märkischer Kreis, Tel.: 02351 105305 oder 02351 105135, oder Elke Ackermann vom Paritätischen Wohlfahrtsverband, Tel.: 02351 98890.

Informationen zur Selbsthilfegruppe „Wendepunkt“ erteilt Ralf Schriefers, Tel.: 02371 67009.

Quelle: Westfälische Rundschau, 11. Juli 2005

## Immer mehr Jugendliche sind essgestört

**Münster**. Sechs Prozent der deutschen Jugendlichen weisen bulimische Verhaltens- und Denkweisen auf. Jeder siebte junge Mensch ist von Magersucht betroffen. Der Anteil magersüchtiger Jungen steigt. Bulimie oder Magersucht treten außerdem immer früher auf. Darauf weist die Münsteraner Christoph-Dornier-Klinik für Psychotherapie mit Verweis auf eine Studie der Universität Halle hin. Für die Untersuchung waren 2 300 Jugendliche im Alter von 15 und 16 Jahren befragt worden. Ein ausgeprägtes Schlankeitsideal sowie ein instabiles Selbstwertgefühl werden von der Dornier-Klinik als maßgebliche Risikofaktoren für die Entwicklung von Essstörungen benannt.

Die Christoph-Dornier-Klinik hat auf ihren Internetseiten ein umfangreiches Informationsangebot zu Essstörungen bereitgestellt. Es enthält neben Informationen zu Ursachen, Krankheitsverlauf und Therapie auch zahlreiche Erfahrungsberichte und ist als PDF-Dokument herunterladbar.  
<http://www.c-d-k.de/esssta.htm>

Quelle: Deutsches Ärzteblatt, 14. Juli 2005, <http://www.deutschesaerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=20755>  
Der Standard, 14. Juli 2005, <http://diestandard.at/text/?id=2112252>

## Alcopop-Sondersteuer erzielt gewünschte Effekte

**Berlin** ▪ Die Sonderabgabe auf Alcopos hat ihre gewünschte Wirkung nach Ansicht des Bundesgesundheitsministeriums entfaltet. Jugendliche trinken weniger Alcopops, seit die süßen Mischgetränke durch die Sondersteuer verteuert worden sind. Das geht aus einem Bericht des Gesundheitsministeriums an das Bundeskabinett hervor. Auch der allgemeine Alkoholkonsum junger Menschen ist zurückgegangen.

Der Bericht stützt sich auf eine Untersuchung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA). Diese hat in einer Repräsentativstudie im März und April dieses Jahres zwölf- bis 17-jährige Kinder und Jugendliche zu ihrem Alcopop- und Alkoholkonsum befragt. Die Ergebnisse wurden mit Daten aus dem Januar 2004 verglichen. Der Anteil derer, die mindestens ein Mal im Monat Alcopops trinken, ist demnach von 28 auf 16 Prozent gesunken. Auch die Menge reinen Alkohols, die die jungen Menschen trinken, nahm ab. 43,9 Gramm im Januar 2004 stehen nun 35,7 Gramm gegenüber. In diesen Wert wurden Alcopops nicht eingerechnet. Die BZgA erkennt in den Daten einen Trend zu weniger Alkoholkonsum unter Jugendlichen.

Quelle: **Regierung online**, 13. Juli 2005, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/-859372/Artikel/dokument.print.htm>

**Netzeitung**, 13. Juli 2005, <http://www.netzeitung.de/deutschland/348375.html>

## Suchtmediziner warnen vor der Gefahr von Alkohol

**München** ▪ Die Gefahr für die Gesellschaft, die durch das Suchtmittel Alkohol ausgehe, sei größer als die durch illegale Drogen. Darauf haben die 700 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des dreitägigen Internationalen Kongresses für Suchtmedizin in München vom 30. Juni bis 2. Juli hingewiesen. Das Suchtpotenzial von Alkohol werde noch zu sehr tabuisiert. Gerade Jugendliche seien durch die Alcopops stark gefährdet, sagte Prof. Walter Zieglgänsberger vom Münchener Max-Planck-Institut für Psychiatrie. Sie würden dadurch geradezu zum Alkoholkonsum erzogen. Zwölf Liter reinen Alkohols nehme jeder Bundesbürger inzwischen durchschnittlich pro Jahr zu sich, meinte Prof. Helmut Woelk von der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Gießen. Vor 50 Jahren habe dieser Wert noch bei 3,2 Litern gelegen.

Gegen die Diskriminierung von Suchtkranken im normalen Behandlungsprozess von Akutkrankenhäusern wandte sich auf der Tagung Dr. Markus Backmund, Leiter des Bereiches Suchtmedizin am Krankenhaus München-Schwabing. Viele Patienten auf den verschiedenen Stationen seien suchtkrank und würden wegen ihrer Abhängigkeit stigmatisiert und nicht angemessen behandelt.

Informationen zum Programm und zu Kontaktadressen zum 6. Internationalen Suchtkongress in München finden Sie auf der Internetseite <http://www.suchtkongress.de/mic/veranstaltungen/873502.php>

Quelle: **Ärztliche Praxis Online**, 1. Juli 2005, <http://www.aerztlichepraxis.de/aktuell/artikel/1120135686/gz/aktuell>

**Ärzte-Zeitung**, 1. Juli 2005, <http://www.aerztezeitung.de/docs/2005/07/01/120a0402.asp?cat=/medizin/sucht>

## Import von Cannabis als Medikament weiterhin nicht gestattet

**Karlsruhe** ▪ Cannabis als Medizin bleibt verboten. Das hat das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil am 12. Juli beschlossen. Geklagt hatte ein Mann aus Nordhorn, der starke Schmerzen nach einem Motorradunfall mit Haschischöl und Marihuana linderte, das er aus den Niederlanden einfuhrte. Dabei war er erwischt und zu einer Geldbuße verurteilt worden. Das Verfassungsgericht lehnte seine Beschwerde aus prozessualen Gründen ab. Der Mann hätte nach Ansicht der Verfassungshüter die Möglichkeit gehabt, beim Bundesinstitut für Arzneimittel (BfArM) in Bonn eine Sondergenehmigung zu beantragen. Außerdem stünde das THC-haltige Medikament Dronabinol für solche Fälle zur Verfügung. Die Krankenkasse des Mannes hatte indes die Finanzierung des im Vergleich zu den Holland-Importen teureren Medikamentes abgelehnt. Ausnahmegenehmigungen hat das BfArM bisher noch nicht erteilt.

Quelle: **die tageszeitung**, 13. Juli 2005, <http://www.taz.de/pt/2005/07/13/a0079.nf/text>  
**Deutsches Ärzteblatt**, 12. Juli 2005,  
<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=20731>

## Deutschland und Frankreich gegen Cannabis-Bagatellisierung

**Straßburg** ▪ Gegen die Verharmlosung der so genannten „weichen“ Droge Cannabis haben sich die Drogenbeauftragten der deutschen und französischen Regierung bei der zweiten deutsch-französischen Suchtkonferenz in Straßburg gewandt. Marion Caspers-Merk und Didier Jayle bemängelten das positive Image der Substanz und die Annahme, dass Cannabis nicht abhängig mache. Frankreich und Deutschland wollen mit Kampagnen gegen die Bagatellisierung von Cannabis vorgehen und den Anstieg der Konsumzahlen stoppen.

◀ **Voriges Jahr fand die erste deutsch-französische Konferenz zur Suchtprävention bei Jugendlichen in Freiburg statt. Die 119-seitige Dokumentation als PDF-Dokument gibt es unter:**  
<http://www.bmgs.bund.de/download/broschueren/A610.pdf>

Quelle: **Ärztliche Praxis Online**, 12. Juli 2005,  
<http://www.aerztlichepraxis.de/aktuell/artikel/1121080411/homepage/aktuell>  
**Ärzte-Zeitung**, 12. Juli 2005, [http://www.aerzte-zeitung.de/docs/2005/07/12/127a0604.asp?cat=/politik/gesundheitssystem\\_uns](http://www.aerzte-zeitung.de/docs/2005/07/12/127a0604.asp?cat=/politik/gesundheitssystem_uns)

## Neuer EU-Drogenaktionsplan verabschiedet

**Brüssel** ▪ Der Drogenkonsum innerhalb der Europäischen Union soll innerhalb der nächsten vier Jahre deutlich reduziert werden. Die sozialen und gesundheitlichen Schäden durch illegalen Drogenkonsum und -handel sollen zwischen 2005 und 2008 verringert werden. Das sieht der Drogenaktionsplan vor, den der Europäische Rat am 27. Juni verabschiedet hat. Über 100 Einzelmaßnahmen werden detailliert beschrieben. Sie verfolgen einen Ansatz, der aus den Elementen Nachfragereduzierung, Bekämpfung des illegalen Drogenhandels und internationale Zusammenarbeit zusammengesetzt ist.

Quelle: **Deutsches Ärzteblatt**, 24. Juni 2005,  
<http://www.deutschesaerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=20545>  
**Pressemitteilung der Europäischen Kommission**, 24. Juni 2006,  
<http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/05/791&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## Psychosomatische Klinik Bergisch Gladbach in neuen Händen

**Gummersbach/Bergisch Gladbach** ▪ Die Psychosomatische Klinik Bergisch Gladbach wird seit dem 1. Juli von der Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH betrieben. Bisheriger Betreiber war die Senator Beteiligungsgesellschaft Lübeck. Die Klinik in Bergisch Gladbach – mit einer Dépendance in Dabringhausen – ist für die Pflichtversorgung drogenabhängiger Patienten in der Stadt Köln und im Rheinisch-Bergischen Kreis zuständig. Insgesamt hat die Einrichtung 140 Betten. Betrieben werden eine Station zur Entwöhnungsbehandlung von Alkohol- und Medikamentenabhängigen, eine zur Entwöhnungsbehandlung Drogenabhängiger und drei Stationen für die Akutbehandlung Alkoholabhängiger. Das Kreiskrankenhaus Gummersbach betreibt bereits in der Klinik Marienheide ein Angebot für Alkoholranke und ist für die Pflichtversorgung für den Oberbergischen Kreis und auch den Rheinisch-Bergischen Kreis zuständig.

Quelle: Kölnische Rundschau, 6. Juli 2005

## Modellprojekt stellt Kindern Paten an die Seite

**Hannover** ▪ Mit einem sehr früh einsetzenden Paten-Konzept für benachteiligte Kinder soll in Niedersachsen künftig Sucht-, Gesundheits- und Kriminalprävention erreicht werden. Das sieht ein 2006 startendes Modellprojekt vor, das Landessozialministerin Ursula von der Leyen gemeinsam mit Christian Pfeifer, Leiter des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen, vorgestellt hat. Vorgesehen ist, Eltern von Kindern aus schwierigen sozialen Verhältnissen Patinnen und Paten an die Hand zu geben. Das können Großeltern, Erzieherinnen und Erzieher, Lehrkräfte oder Familienhelfer sein. Diese sollen Hinweise und Hilfestellung für den Lebensweg des Kindes geben. Der Ansatz hinter dem Konzept ist, dass gerade in der Kindheit erlebte Armut, Gewalt und soziale Vernachlässigung spätere Klinikaufenthalte und Drogentherapien – und somit hohe Kosten – nach sich ziehen. Die Kosten belaufen sich auf 25 Euro pro Kind und Monat. Zunächst werden 200 Kinder in Hannover in das Modellprojekt einbezogen.

Über das Modellprojekt Familienhebammen informiert eine Broschüre des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit, die auf der folgenden Internetseite heruntergeladen werden kann:  
[http://www.ms.niedersachsen.de/master/C166428\\_N8165\\_L20\\_D0\\_I674.html](http://www.ms.niedersachsen.de/master/C166428_N8165_L20_D0_I674.html)

Weitere Informationen zu Initiativen für benachteiligte Kinder bei der Stiftung „Eine Chance für Kinder“.  
<http://www.eine-chance-fuer-kinder.de>

Quelle: Ärzte-Zeitung, 5. Juli 2005,  
[http://www.aerztezeitung.de/docs/2005/07/05/122a0802.asp?cat=/politik/gesundheitsystem\\_uns](http://www.aerztezeitung.de/docs/2005/07/05/122a0802.asp?cat=/politik/gesundheitsystem_uns)  
Pressemitteilung des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit, 21. Juni 2005,  
[http://www.ms.niedersachsen.de/master/C11362762\\_N1898929\\_L20\\_D0\\_I674.html](http://www.ms.niedersachsen.de/master/C11362762_N1898929_L20_D0_I674.html)

## Präventionsgesetz vorerst im Bundesrat gescheitert

**Berlin** ▪ Das Präventionsgesetz, das Prävention als vierte Säule im Gesundheitssystem verankern sollte, ist am 27. Mai vorerst vom Bundesrat gestoppt worden. Mit den Stimmen der CDU/CSU-regierten Länder wurde der Entwurf an den Vermittlungsausschuss verwiesen. Während Vertreterinnen und Vertreter der SPD-Bundestagsfraktion den Beschluss kritisierten, begrüßten die gesetzlichen Krankenkassen die Entscheidung. Über die prinzipielle Zustimmung zu einem Präventionsgesetz hinaus vertreten sie die Meinung, dass die geplante Finanzierung durch die Sozialversicherungsträger geändert werden müsse.

Die Stellungnahme der gesetzlichen Krankenkassen und den Entwurf des Präventionsgesetzes finden sich auf dieser Seite des AOK-Bundesverbandes:  
[http://www.aok-bv.de/politik/gesetze/index\\_00107.html](http://www.aok-bv.de/politik/gesetze/index_00107.html)

Quelle: AOK-Bundesverband, [http://www.aok-bv.de/politik/gesetze/index\\_00107.html](http://www.aok-bv.de/politik/gesetze/index_00107.html)  
Pressemitteilung der SPD-Bundestagsfraktion, 4. Juli 2005,  
[http://www.spdfraktion.de/rs\\_dok/0,,34375,00.htm](http://www.spdfraktion.de/rs_dok/0,,34375,00.htm)

## Niedersachsen startet Rauchfrei-Kampagne

**Hannover** ▪ „Rauchfrei in Niedersachsen“ heißt eine landesweite Kampagne gegen das Rauchen im nördlichen Bundesland. Dazu haben sich das Gesundheits- und Sozialministerium, die gesetzlichen Krankenkassen, Ärzte, der Landessportbund und Sucht-Fachverbände zusammengeschlossen. Aufgelegt wurde ein Förderprogramm, es werden Aussteigerkurse für Jugendliche und Programme für Berufsschulen angeboten. Auf politischer Ebene fordert die Kampagne ein Rauchverbot in Restaurants und begrüßt das ab dem 1. August geltende absolute Rauchverbot an Niedersachsens Schulen. Die Senkung des Raucheranteils unter Schülern ist nun offizielles Ziel der Gesundheitspolitik.

Die Kampagne „Rauchfrei in Niedersachsen“ startete mit einer Fachtagung in Hannover. Die dort gehaltenen Vorträge sind als PDF-Dokumente auf folgender Internetseite verfügbar:  
<http://www.gesundheit-nds.de/tagungsberichte/2906rauchfreiinniedersachsen.htm>

Quelle: NDR1, 30. Juni 2005, [http://www1.ndr.de/ndr\\_pages\\_newsdetail/0,2984,NID20050629160505\\_NTBNDR\\_SPM884,00.html](http://www1.ndr.de/ndr_pages_newsdetail/0,2984,NID20050629160505_NTBNDR_SPM884,00.html)  
Ärzte-Zeitung, 14. Mai 2005,  
<http://www.aerztezeitung.de/docs/2004/05/14/090a0903.asp?cat=/medizin/rauchen>

## Zahl der Spielsüchtigen steigt offenbar rapide an

**Bremen** ▪ Die Zahl der Therapien für Spielsüchtige ist im Verlaufe des vorigen Jahres um 30 Prozent gestiegen, schätzt der Psychologe Prof. Gerhard Meyer von der Universität Bremen. Nach Statistiken der Beratungsstellen seien bis zu 180 000 Menschen in Deutschland spielsüchtig. Meyer kritisierte die wachsende Zahl von Glücksspielangeboten. Er forderte mehr Maßnahmen für den Spielerschutz, etwa durch eine zweiprozentige Abgabe auf die Gewinne von Spielbanken. Zudem müsse das Personal in Spielbanken sensibilisiert werden.

Quelle: Taunus-BKK, 5.7.2005, [http://www.taunus-bkk.de/?news\\_id=1724&newskat=1](http://www.taunus-bkk.de/?news_id=1724&newskat=1)  
dpa, 4. Juli 2005

## Bayern fördert Präventions-Initiativen

**München/Regensburg** ▪ Mit der Initiative „Gesund. Leben. Bayern“ will die bayerische Landesregierung die Gesundheitsprävention fördern. Das Programm wurde kürzlich in Regensburg vorgestellt. Propagiert werden sollen Projekte und Aktionen, die das Gesundheitsbewusstsein schärfen, gesundes Verhalten fördern und so mittel- bis langfristig die öffentlichen Haushalte entlasten, weil weniger für das Gesundheitswesen ausgegeben werden muss. Für die Jahre 2005 und 2006 hat die bayerische Regierung 13,4 Millionen Euro für die Gesundheitsinitiative eingeplant.

Bei der Vorstellung des Programms in Regensburg wurden einige Initiativen als beispielhaft herausgestellt. Deutlich wurde dabei, dass ein Schwerpunkt auf suchtpreventiven Maßnahmen liegt. Dazu gehören die bereits voriges Jahr mit dem Gesundheitsförderungs- und Präventionspreis ausgezeichnete Aktion „Eine Behörde wird rauchfrei“ des Landratsamtes Schwandorf, das Modellprojekt „Rauchfreie Schulen“ am Ortenburg-Gymnasium Oberviechtach und schließlich das Programm „MOVE – motivierende Kurzintervention bei Alkohol und Drogen konsumierenden Jugendlichen“.

Informationen zur bayerischen Gesundheitsinitiative „Gesund. Leben. Bayern“ finden sich auf einer Internetseite des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz  
<http://www.stmugv.bayern.de/de/gesundheit/giba/>

Quelle: Der Neue Tag, 28. Juni 2005, <http://www.oberpfalznetz.de/onetz/734627-100,1,0.html>

## Kurzintervention in Thüringen seit einem Jahr erfolgreich

**Eisenberg** ▪ Die Beratungsstelle „Wendepunkt“ in Thüringen setzt seit einem Jahr ein Kurzinterventionskonzept für drogenauffällige Jugendliche erfolgreich ein. Jugendliche, die strafrechtlich oder auch in Jugendeinrichtungen wegen Drogen auffällig geworden sind, werden zu einem für sie kostenfreien Informations- und Beratungsangebot eingeladen. Seit Sommer vorigen Jahres wurden drei solcher Kurse durchgeführt. Kooperiert wurde mit dem Jugendamt, dem Schulamt, der Polizei, der Jugendgerichtshilfe sowie mit Einrichtungen der Kinder- und Jugendpsychiatrie.

Beachten Sie ergänzend auch diesen Artikel in diesem KS-Newsletter:  
Gelsenkirchener Polizei tritt Jugendlichen „auf die Füße“  
Informationen zum von der Koordinationsstelle Sucht betreuten Bundesmodellprojekt „FreD“, das dem hier geschilderten sehr ähnlich ist, finden Sie auf der Internetseite  
<http://www.projekt-fred.de>

Quelle: Ostthüringer Zeitung, 24 Juni 2005

## Drogentherapie auf dem Bauernhof

**Ottobeuren-Kosterwald** ▪ Die Mitarbeit und das Leben in einer Bauersfamilie soll ausstiegswilligen Drogenabhängigen künftig beim Ausstieg aus der Sucht helfen. In Ottobeuren-Klosterwald hat die Organisation „Kompass Perspektive“ diese Art der Langzeittherapie etabliert. Zusammenarbeitet wird mit Landwirts-Familien der Gegend, die sich bereiterklären, einen Suchtkranken bei sich aufzunehmen, der dann mehrere Monate für Kost und Logis im Betrieb mitarbeitet.

Zunächst durchlaufen die Patienten eine einwöchige Vorbereitung auf einem Kompass-Hof, bevor sie in die Familien gehen. Die festen Strukturen in den landwirtschaftlichen Betrieben, die Einbindung in die Familien und das Gefühl, gebraucht zu werden, sollen die Ausstiegswilligen für ihr Vorhaben motivieren und ihnen die Wiedereingliederung ins „normale“ Leben erleichtern. Begleitet werden die Suchtkranken von einer psychotherapeutischen und einer sozialpädagogischen Fachkraft.

Die alternative Therapieform ist prinzipiell von der Landesversicherungsanstalt Schwaben anerkannt. 18 Therapieplätze sind genehmigt. Die Finanzierung jedes einzelnen Falles muss aber gesondert begründet und genehmigt werden. Vorbilder für das Konzept finden sich in der Schweiz und in Dänemark. In Oberbayern existiert ein ähnliches Projekt.

Information zur Drogentherapie auf dem Bauernhof gibt es auf der Internetseite von „Kompass Perspektive“:  
<http://www.kompass-augsburg.de/index.php?p=53>

Quelle: Memminger Zeitung, 29. Juni 2005, <http://www.all-in.de/redsyst/c.php/allin/lokales/index.php?l=de&dom=dom1&id=489125>

## Essener Projekt für Bewegungsförderung bei Kindern

**Essen** ▪ Kinder zu Bewegung zu animieren ist ein Teil der Suchtprävention. Denn Kinder, die sich nicht ausreichend bewegen, sind später suchtanfälliger. Deswegen haben die „Suchthilfe direkt gGmbH“ und das Jugendamt Essen das Projekt „Couchpotatoe und Flummi“ für Kindergärten und Ganztageschulen entwickelt. Für jeweils zwölf Unterrichtseinheiten kommen Mitarbeiter des Projektes in die Einrichtungen und machen mit den Kindern Bewegungsspiele und sprechen mit Ihnen über Ernährungsfragen, Selbst- und Fremdwahrnehmung, Gruppenverhalten, Konfliktlösung und vieles andere. Gefördert wird die Maßnahme zwei Jahre lang von der RWE-Jugendstiftung.

Weitere Informationen zum Projekt „Couchpotatoe und Flummi“ bei der Suchthilfe direkt Essen gGmbH,  
Hoffnungstrasse 24, 45127 Essen  
<http://www.suchthilfe-direkt.de>

Quelle: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 5. Juli 2005  
Information der RWE-Jugendstiftung, <http://www.rwe.com/generator.aspx/info-welt/engagement/jugendstiftung/projekte-praevention/suchthilfe-direkt-essen-ggmbh/language=de/id=212066/suchthilfe-essen-page.html>

## Formular ermöglicht Mitnahme von Drogen über die Grenze

**Berlin** ▪ Für Patienten, die Medikamente einnehmen, die unter das Betäubungsmittelgesetz fallen, bedeutet die angebrochene Urlaubszeit eine besondere Herausforderung. Darauf hat das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte in Berlin hingewiesen. Denn wenn Methadon-, Morphin- oder Methyphenidat-Patienten ins Ausland fahren und mit ihrem Medikamenten-Vorrat erwischt werden, kann es unangenehm werden. Für das Ausführen von medizinisch benötigten Betäubungsmitteln werden spezielle Formulare benötigt, die vom behandelnden Arzt ausgefüllt und vom Gesundheitsamt beglaubigt werden müssen. Für Reisen in Staaten des Schengen-Abkommens existiert ein Vordruck, der in deutsch ausgefüllt werden kann. Für andere Staaten ist dieser Vordruckes auch sinnvoll. Ausgefüllt werden muss er dann aber in englisch.

▼ **Detaillierte Hinweise zur Medikamenten-Mitnahme ins Ausland enthält die nachfolgend genannte Seite des Bundesinstitutes für Arzneimittel und Medizinprodukte. Dort kann auch das benötigte Formular heruntergeladen werden.**  
<http://www.bfarm.de/de/btm/bekanntm/index.php?more=hinweise.php>

Quelle: **Pressemitteilung des Bundesinstitutes für Arzneimittel und Medizinprodukte, 20. Juni 2005**, <http://www.bfarm.de/de/Presse/index.php?more=0511.php>

## Spielsüchtige brauchen stärkeren „Kick“

**Hamburg** ▪ Spielsüchtige weisen ein weniger aktives Belohnungssystem im Gehirn auf als nicht süchtige Menschen. Eine entsprechend niedrigere Aktivität der zuständigen Hirnregion in Spielsituationen haben Wissenschaftler der Klinik für Neurologie am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf beobachtet. Spielsüchtige müssen sich deshalb stärkeren Reizen aussetzen, um dieselbe Belohnungssituation zu erleben wie ihre nicht „zockenden“ Zeitgenossen. Die Forscher vermuten, dass dies auch für andere Süchte gilt. Insgesamt sind nach Ansicht der Neurologen 1,6 Prozent der Bevölkerung spielsüchtig.

Quelle: **Neues Deutschland, 12. Juli 2005**,  
<http://www.nd-online.de/artikel.asp?AID=74708&IDC=23&DB=O2P>

## Schweizer Ein-Glas-Regel gerichtlich gebilligt

**Bern** ▪ „Ein Glas ist ok“ bleibt ok: In der Schweiz gilt seit Jahresanfang die 0,5-Promille-Grenze für den Straßenverkehr. Das Bundesamt für Gesundheit und die Beratungsstelle für Unfallverhütung hatten mit einer Informationskampagne auf die neue Regel aufmerksam gemacht und darauf hingewiesen, dass der neue Grenzwert einem Glas Alkohol entspreche. Dagegen hatte der Branchenverband Wein geklagt, der Umsatzrückgänge befürchtete. Ein Berner Gericht hat die Klage abgewiesen. Die Kampagne sei eine zulässige Handlungsanweisung für diejenigen, die als Autofahrer nicht ganz auf Alkoholgenuss verzichten wollten.

Quelle: **news.ch, 23. Juni 2005**,  
<http://www.news.ch/Ein+Glas+Regel+ist+rechtens/214934/detail.htm>  
**swissinfo, 23. Juni 2005**, <http://www.swissinfo.org/sde/swissinfo.html?siteSect=113&sid=5892765&cKey=1119515770000&ticker=true>

## Oberösterreich streicht Ausnahmen für Alkoholverkauf

**Linz** ▪ Das Verbot, Alkohol an Jugendliche unter 16 Jahren abzugeben, gilt ab dem 15. September auch in Oberösterreich ausnahmslos. Bislang war es nach dem seit 2001 geltenden Jugendschutzgesetz des österreichischen Bundeslandes noch möglich, Alkohol an unter 16-Jährige zu verkaufen, die eine Erlaubnisbescheinigung ihrer Eltern vorlegten. Die Novelle des Gesetzes sieht nun auch sofortige Strafen für Händler vor, die gegen die Bestimmungen verstoßen. Zuvor wurden sie zunächst nur abgemahnt. Ausdrücklich wird auch die Abgabe von Alcopops verboten.

Quelle: **Österreich-Journal**, 27. Juni 2005, <http://www.oe-journal.at/Aktuelles/!2005/0605/W3/12706alkoholverbotOOe.htm>

## Kalifornien stoppt Abgabe von Marihuana als Schmerzmittel

**Sacramento** ▪ Kalifornien stoppt die Abgabe von Marihuana an Schmerzpatienten. Die Gesundheitsbehörden des US-Bundesstaates reagierten damit auf ein Urteil des Obersten Gerichtshofes der USA, wonach Ärzte und Patienten strafrechtlich verfolgt werden können, die Marihuana zur Schmerzlinderung einsetzen. Praxis in Kalifornien war bisher, für die Abgabe von Marihuana als Schmerzmittel Berechtigungsscheine auszustellen. Zirka 120 Mal war dieses Verfahren zur Anwendung gekommen. Ab August sollte es flächendeckend eingeführt werden. Ärzte sollten entscheiden können, ob der Marihuana-Einsatz bei ihren Patienten sinnvoll ist.

▶ Lesen Sie zu diesem Artikel auch diesen Artikel in diesem KS-Newsletter:  
Import von Cannabis als Medikament weiterhin nicht gestattet

Quelle: **Deutsches Ärzteblatt**, 11. Juli 2005,  
<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=20713>

## Gehirn sorgt selbst für Schmerzlinderung durch Cannabis

**Irvine/Athens** ▪ Der menschliche Körper ist in der Lage, eine Cannabis-ähnliche Substanz zu produzieren. Das geht aus einer Untersuchung hervor, deren Ergebnisse Wissenschaftler der Universitäten von Kalifornien und Georgia in der Zeitschrift „Nature“ veröffentlicht haben. Das „2-AG“ genannte Endocannabinoid werde vom Gehirn in Stresssituationen ausgeschüttet und lindere Schmerz. Ein spezielles Enzym stoppe die Produktion dann nach einiger Zeit. Nach Ansicht der Forscher, die die Wirkungsweise der Stoffe an Ratten testeten, könne nun nach einem Medikament geforscht werden, das die weitere körpereigene Produktion von 2-AG anrege. Bislang hatte sich die Pharmaforschung auf die Produktion von Cannabis-Ersatzstoffen konzentriert.

Quelle: **Presstext Austria**, 23. Juni 2005, <http://www.presstext.de/pte.mc?id=80306>

## Welt-Drogenbericht: 200 Millionen Menschen nehmen Drogen

**Wien** ▪ Um acht Prozent ist die Zahl der Drogenabhängigen in aller Welt innerhalb eines Jahres angestiegen. Zu diesem Schluss kommt der Ende Juni veröffentlichte Jahresbericht des UN-Büros für Drogen und Verbrechen (UNODC). 200 Millionen Menschen nahmen Drogen. Die Zahl bezieht sich auf die 18- bis 65-Jährigen, die bei einer Befragung angegeben haben, innerhalb des vorangegangenen Jahres mindestens einmal Drogen genommen zu haben. Cannabis ist die meist konsumierte Substanz. 160 Millionen Menschen kiffen laut Welt-Drogenbericht.

Der illegale Drogenhandel „blüht“. Sein Gesamtumsatz wird auf 265 Milliarden Euro geschätzt.

Der Welt-Drogenbericht des UNODC kann auf der folgenden Internetseite komplett oder in Teilen in englischer Sprache heruntergeladen werden.

[http://www.unodc.org/unodc/world\\_drug\\_report.html](http://www.unodc.org/unodc/world_drug_report.html)

Quelle: Deutsche Ärztezeitung, 29. Juni 2005, <http://www.deutschesaerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=20593>  
die tageszeitung, 30. Juni 2005, <http://www.taz.de/pt/2005/06/30/a0142.nf/text.ges.1>  
Die Welt, 30. Juni 2005, <http://www.welt.de/data/2005/06/30/738862.html>

## Wieder Wettbewerb zur kommunalen Alkoholprävention

**Köln/Berlin** ▪ Bis zum 15. Dezember 2005 werden im Rahmen eines Wettbewerbes vorbildliche kommunale Maßnahmen der Alkoholprävention gesucht. Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, die kommunalen Spitzenverbände und die gesetzlichen Krankenkassen haben zum bereits dritten Wettbewerb „Alkohol vor Ort“ aufgerufen. Wettbewerbsbeiträge können eingereicht werden von Gemeinden, Städten, Kreisen, Kommunalverbänden und auch anderen Institutionen, sofern sie innerhalb und als Bestandteil einer Kommune wirken. Die BZgA hat ein Preisgeld von insgesamt 60 000 Euro ausgelobt. Die gesetzlichen Krankenkassen vergeben darüber hinaus Preise im Wert von 10 000 Euro für Maßnahmen zur „Alkoholprävention für arbeitslose Jugendliche und Erwachsene“.

Bewerbungsunterlagen und weitere Informationen zu dem Wettbewerb finden Sie auf der eigens eingerichteten Internetseite

<http://www.kommunale-suchtpraevention.de>

Quelle: Pressemitteilung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, 23. Juni 2005, <http://www.kommunale-suchtpraevention.de/05-06/presse/050623.phtml>

## Internationales Netzwerk INEBRIA tagt in Münster

**Münster** ▪ Die zweite Jahrestagung des Internationalen Netzwerkes für Kurzinterventionen bei Alkoholproblemen (INEBRIA) findet am 15. und 16. September 2005 in Münster statt. Gastgeber ist die Abteilung für Psychologische Diagnostik und Klinische Psychologie des Psychologischen Institutes der Universität Münster. Tagungsort wird das Agora-Hotel an der Bismarckallee 5 sein.

INEBRIA (International Network on Brief Interventions for Alcohol Problems) wurde in der Folge eines Gemeinschaftsprojektes zur Identifikation und zum Umgang mit Alkoholproblemen in der Gesundheitsversorgung gegründet, das die Weltgesundheitsorganisation WHO initiiert hatte. Ziel des Forschungsnetzwerkes ist die Implementierung und Förderung von Kurzinterventionen bei Alkoholproblemen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene. Die Gründungskonferenz fand im Oktober 2004 in Barcelona statt, wo auch die Geschäftsstelle des Netzwerkes angesiedelt ist. Die wissenschaftliche Geschäftsstelle ist am Institut für Psychologie in Münster angesiedelt.

Zusammenfassungen von einigen Vorträge, die während der Konferenz gehalten werden, sollen nachfolgend in der Zeitschrift „Sucht“ veröffentlicht werden. Das Programm umfasst außerdem Impulsreferate, Vorträge, Workshops und Poster-Präsentationen. Für die Zusammenstellung des Programms ist ein sechsköpfiger wissenschaftlicher Beirat zuständig.

Alle Informationen zur zweiten Jahrestagung des Netzwerkes INEBRIA sind auf einer Internetseite der Organisation zusammengetragen worden:  
<http://www.inebria.net/Du14/html/en/dir1339/doc3797.html>

---

## Impressum

Der KS-Newsletter wird herausgegeben von:

Landschaftsverband Westfalen-Lippe  
Dezernat 50  
Koordinationsstelle Sucht  
Leitung: Wolfgang Rometsch  
Warendorfer Str. 27  
48133 Münster  
Tel. 0251/591-3267  
Fax: 0251 591-5499  
E-Mail: [kswl@lwl.org](mailto:kswl@lwl.org)  
Redaktion: Wolfgang Rometsch (verantwortlich)  
(Anschrift wie oben)  
Ulrich Klose  
Jörg Körner

**Haftungshinweis:** Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.